

Bei den westdeutschen Parlamentariern erkannten 2003 etwas weniger als die Hälfte große oder gewisse Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Abgeordneten; bei der Befragung 2010 waren es weniger als 40 Prozent. Zusätzlich hatte der Anteil derer, die große Unterschiede sahen, weiter abgenommen und lag deutlich unter dem der ostdeutschen Kollegen. Durch die abweichende Wahrnehmung von Unterschieden scheint es plausibel, dass man bei der Besetzung von Führungspositionen nicht mehr darauf achtet, ob der Abgeordnete in der DDR oder in der BRD sozialisiert wurde, sondern welches Bundesland er im Bundestag repräsentiert.

Betrachtet man die ostdeutschen Bundesländer als regionale Einheiten gemäß ihrer Mitgliederzahl lässt sich resümieren, dass sie mittlerweile adäquat in den Führungspositionen des Deutschen Bundestags vertreten sind, auch wenn diese teilweise durch im Westen sozialisierte Abgeordnete besetzt werden.⁶¹ Eine „Verostung der deutschen Politik“⁶² ist in der Tat kaum zu befürchten, auch wenn Kanzlerin und Bundespräsident derzeit Ostdeutsche sind.

61 Vgl. *Melanie Kintz / Klaus Stolz*, Does Regional Origin Make a Difference? Recruitment to Leadership Positions in the German Bundestag (im Erscheinen).

62 *Joachim Walter*, Der Westen wird verostet: Gauck und Merkel an der Spitze der BRD: Die Angleichung schreitet voran, in: dradio.de vom 20. März 2012, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/1707348/> (Abruf am 5. Dezember 2012).

Fachkräftemangel im Politikbetrieb? Zur Sachkompetenz deutscher Wirtschaftspolitiker

Christina Kaltenpoth und Karsten Mause

Wer in Deutschland als Arzt praktizieren möchte, muss zuvor ein Medizinstudium absolviert haben. Wer als Lehrerin, Friseur, Metzger oder Lokführerin arbeiten möchte, muss vorher eine Fachausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Ähnliche qualifikatorische Zugangshürden bestehen für etliche andere Berufe in Deutschland und anderen Ländern. Vor diesem Hintergrund wird bisweilen die Frage aufgeworfen, warum eigentlich für den Beruf des Politikers keinerlei formale Anforderungen hinsichtlich des mitzubringenden Qualifikationsprofils bestehen. Unter der Überschrift „Berufspolitiker: Dilettanten im Amt?“ notiert beispielsweise *Hans Herbert von Arnim*: „Überall in der Republik gilt das Leistungsprinzip: in Wirtschaft und Gesellschaft wie in der Gerichtsbarkeit und der Verwaltung. Überall sind umfassende Ausbildungsgänge vorgesehen. Nur in der Politik gilt nichts dergleichen. Politiker üben als Einzige einen Beruf aus, für den keinerlei Vorbildung verlangt wird. [...] Nicht einmal eine abgeschlossene Berufsausbildung ist erforderlich.“¹

1 *Hans Herbert von Arnim*, Die Deutschlandakte: Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun, München 2008, S. 168.

Um diesen Sachverhalt zu problematisieren, wird in der öffentlichen Diskussion meist auf illustrative Beispiele verwiesen. *Joseph „Joschka“ Fischer* übte ohne Schulabschluss (Gymnasium vor der 10. Klasse verlassen) und ohne abgeschlossene Berufsausbildung (abgebrochene Fotografenlehre) von 1998 bis 2005 das Amt des Bundesaußenministers aus.² Doktor *Philipp Rösler*, ein promovierter Arzt (Dr. med.), ist seit Mai 2011 Bundeswirtschaftsminister. *Peter Hintze*, studierter Theologe und ausgebildeter Pfarrer, ist seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.³ In diesen Fällen liegt, so könnte man – angelehnt an ein Konzept aus der Arbeitsmarktforschung – argumentieren, ein „Mismatch“⁴ zwischen formaler Berufsqualifikation und tatsächlich ausgeübtem Beruf vor.

Auch wenn dieses Argument einer eingehenden Prüfung bedarf (siehe unten), so ist zunächst festzustellen, dass dieses „Matching“- beziehungsweise Passungsproblem in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen gewesen ist. Beispielsweise schrieb Der Tagesspiegel zur Amtsübernahme durch *Philipp Rösler*: Dieser „war in Niedersachsen [neun Monate] Wirtschaftsminister [...]. Eine fachliche Qualifizierung, etwa ein Volkswirtschaftsstudium, hat er jedoch nicht“⁵. In seinem Buch „Die Dilettanten“ kommentiert beziehungsweise polemisiert der Journalist *Thomas Wiczorek* (Dipl.-Volkswirt) mit Blick auf die Zusammensetzung der zwischen 2005 und 2009 von CDU/CSU und SPD gebildeten Bundesregierung: „Selbst eine Hauptschule und erst recht ein Gymnasium verfährt normalerweise nach dem Prinzip, dass die Englischlehrerin Englisch, der Biologielehrer Biologie und die Mathematiklehrerin Mathematik unterrichtet. Umgekehrt stellt ein Frisiersalon selten einen Maurer, eine Autowerkstatt eine Internistin oder eine Apotheke einen Fliesenleger ein. Gerade dieses lustige System aber wird bei der Besetzung der Ressorts der Bundesregierung angewandt.“⁶

Motiviert durch derartige Aussagen, hinter denen das normative „Ideal des Politikers als Experten“ steht⁷, soll hier eine politikwissenschaftliche Perspektive zu der bislang vorwiegend in (Boulevard-)Medien, Internet-Blogs und Sachbüchern⁸ geführten Diskussion über das Qualifikationsniveau deutscher Politiker beigetragen werden. Dazu wird zunächst empirisch untersucht, bei wie vielen überhaupt fragwürdig ist, ob ihre formale Berufsqualifikation zur ausgeübten politischen Position passt. Als Untersuchungssample dienen 234 deutsche Wirtschaftsminister auf Bundes- und Landesebene nach 1945 sowie 73 Mitglieder des Bundestagsausschusses Wirtschaft und Technologie in den Wahlperioden 16 (2005 bis 2009) und 17 (seit 2009).

2 Vgl. *Michael Schwelien*, *Joschka Fischer: Eine Karriere*, München 2001, S. 25.

3 Vgl. die biographischen Angaben im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages.

4 Zum Beispiel *Boyan Jovanovic*, *Job Matching and the Theory of Turnover*, in: *Journal of Political Economy*, 87. Jg. (1979), H. 5, S. 972 – 990; *Wolfgang Franz*, *Matching und Mobilität*, in: *ders.*, *Arbeitsmarktökonomik*, Berlin / Heidelberg 2009, S. 197 – 235.

5 *Antje Sirlschtov / Rainer Woratschka*, *Liberale Umverteilung*, in: *Der Tagesspiegel* vom 11. Mai 2011, S. 2.

6 *Thomas Wiczorek*, *Die Dilettanten. Wie unfähig unsere Politiker wirklich sind*, München 2009, S. 60. Ähnlich auch *Hans Herbert von Arnim*, a.a.O. (Fn. 1), S. 169.

7 Vgl. dazu ausführlicher *Jens Borchert*, *Die Professionalisierung der Politik: Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*, Frankfurt am Main 2003, S. 140 – 143.

8 Siehe zum Beispiel *Thomas Wiczorek*, a.a.O. (Fn. 6); *Wolfgang Franz*, *Dilettanten im Amt: Zu Rechtsbruch und Inkompetenz in Politik und Verwaltung*, Berlin 2007; *Thomas Rietzschel*, *Die Stunde der Dilettanten: Wie wir uns verschaukeln lassen*, Wien 2012; *Michael Schmidt-Salomon*, *Keine Macht den Doofen: Eine Streitschrift*, München 2012.

Das Feld Wirtschaftspolitik wurde gewählt, da sich hier die Passung von formaler Ausbildung und Fachressort/-gebiet im Gegensatz zu anderen Politikbereichen (zum Beispiel: welche Berufsqualifikation passt am besten zur Position des Außen-, Innen- oder Verbraucherschutzministers?) relativ einfach operationalisieren und messen lässt (später mehr zu Daten und Analysemethoden). Zudem wird in diesem Bereich oft die Forderung erhoben, dass die genannten Positionen mit „Wirtschaftsfachleuten“ besetzt sein sollten. Beispielsweise wurde in Italien im November 2011 eine Experten-Regierung (manche sagen „Technokraten“-Regierung) unter Führung von *Mario Monti*, einem Wirtschaftsprofessor, gebildet: Alle Minister sind parteilos, *Monti* selbst übernahm (interimsweise) neben dem Amt des Premierministers auch das des Wirtschafts- und Finanzministers.⁹

1. Empirische Analyse: Viel Lärm um wenige?

Um herauszufinden, in wie vielen Fällen überhaupt von einem „Mismatch“ im eingangs definierten Sinne gesprochen werden kann, wurden alle 18 Bundeswirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland seit 1949, alle 186 Wirtschaftsminister der zehn westdeutschen Bundesländer und (West-)Berlins seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg¹⁰ sowie alle 30 Wirtschaftsminister der fünf ostdeutschen Bundesländer seit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 daraufhin untersucht, ob sie eine formale Wirtschaftsausbildung mit ins Amt gebracht haben. Der Untersuchungszeitraum endet Ende 2011. Als Datenquellen dienten Munzinger's Internationales Biographisches Archiv sowie die offiziellen Handbücher und Internetseiten der Bundes- und Landesregierungen.

Die in Tabelle 1 präsentierten Untersuchungsergebnisse zeigen, dass es sich bei *Philipp Rösler* als einem Wirtschaftsminister, der zum Zeitpunkt der Amtseinführung weder (a) ein abgeschlossenes wirtschaftswissenschaftliches Studium (Volks-/Betriebswirtschaftslehre, Ökonomie oder verwandte Fächer) an einer Universität oder Fachhochschule noch (b) eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung absolviert hatte, keineswegs um einen Einzelfall handelt. In den vergangenen sechs Jahrzehnten zählten noch 87 weitere Wirtschaftsminister zu diesem Ministertypus: zehn auf Bundesebene (55,6 Prozent der Minister) und 77 auf Landesebene (35,6 Prozent). Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass vier Minister angeben, ein Jurastudium mit wirtschaftswissenschaftlichem Nebenfach absolviert zu haben, was jedoch hier nicht als abgeschlossenes Wirtschaftsstudium gewertet wurde. Die Auswertung zeigt, dass die zumeist an Einzelfällen festgemachte Kritik beziehungsweise Polemik zur „Inkompetenz“ deutscher Politiker durchaus einen wunden Punkt trifft – zumindest was das Politikfeld Wirtschaftspolitik angeht. Angesichts der gegenwärtigen Diskussion zu den Vor- und Nachteilen von Expertenregierungen in Europa sei zudem festgehalten, dass nur wenige Personen vor ihrer Zeit als Wirtschaftsminister Wirtschaftsprofessoren waren: Neben den ehemaligen Bundeswirtschaftsministern *Ludwig Erhard* und *Karl Schiller* finden sich fünf weitere „Professoren-Minister“ auf Landesebene.

9 Vgl. *Michael Braun*, Ein reines Technokratenkabinett, in: taz vom 17. November 2011, S. 10.

10 Die Minister, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg im Jahre 1952 Wirtschaftsminister in Südbaden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern waren, wurden nicht in die Analyse einbezogen.

Tabelle 1: Sachkompetenz deutscher Wirtschaftsminister

	Alle Wirtschaftsminister (N = 234)	Bundesminister (N = 18)	Landesminister (N = 216)
Professor in Wirtschaftswissenschaften	7 (3,0%)	2 (11,1%)	5 (2,3%)
Doktor in Wirtschaftswissenschaften	40 (17,1%)	4 (22,2%)	36 (16,7%)
Wirtschaftsstudium	72 (30,8%)	8 (44,4%)	64 (29,6%)
Kaufmännische Ausbildung	35 (15,0%)	1 (5,6%)	34 (15,7%)
Kaufmännische Ausbildung und Studium	12 (5,1%)	1 (5,6%)	11 (5,1%)
Keine Wirtschaftsausbildung	87 (37,2%)	10 (55,6%)	77 (35,6%)
Wirtschaftspraxis-Erfahrung	144 (61,5%)	11 (61,1%)	133 (61,6%)
Weder Wirtschaftsausbildung noch -praxis	62 (26,5%)	3 (16,7%)	59 (27,3%)
Quelle: Eigene Berechnungen.			

An dieser Stelle mag eingewendet werden, dass die Fokussierung auf formale Wirtschaftsausbildung vernachlässigt, dass sich Politiker auch außerhalb der durch das obige Codierschema erfassten Ausbildungsrichtungen wirtschaftspolitische Kenntnisse angeeignet haben können. Zwar liegen keine Informationen darüber vor, ob Politiker derartige Kenntnisse über Zeitungs- und Buchlektüre, Volkshochschul-Kurse, den Besuch von Fachvorträgen oder mittels anderer Medien erworben haben. Allerdings geben die in den oben genannten Datenquellen enthaltenen biographischen Informationen darüber Auskunft, ob Politiker vor ihrer Ernennung zum Wirtschaftsminister berufspraktische Erfahrungen als Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen oder als selbstständiger Unternehmer gesammelt haben. Dies war bei der Mehrzahl (61,5 Prozent) der Fall. Tabelle 1 zeigt jedoch auch, dass insgesamt 62 Wirtschaftsminister (26,5 Prozent) weder eine formale Wirtschaftsausbildung (das heißt kaufmännische Ausbildung und/oder wirtschaftswissenschaftliches Studium) noch berufspraktische Erfahrungen in Wirtschaftsunternehmen mit ins Amt gebracht haben.¹¹ In dieser Hinsicht ist *Philipp Rösler*, auf den beides zutrifft, also kein Einzelfall.

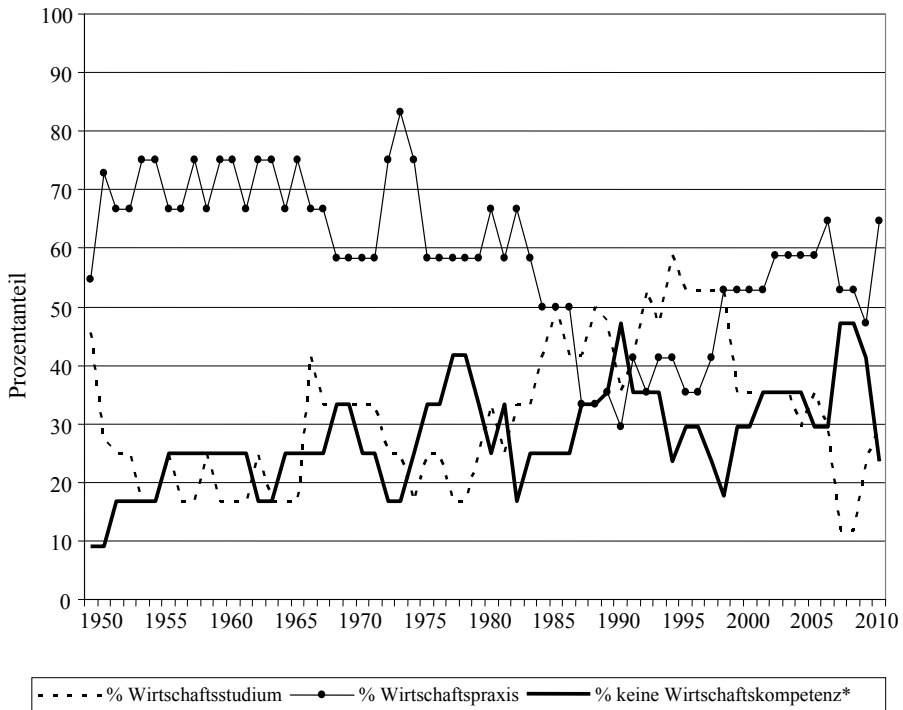
Abbildung 1 zeigt, dass der Anteil der Wirtschaftsminister ohne Wirtschaftskompetenz über die Zeit recht stabil gewesen ist. In 47 der 62 untersuchten Jahre verfügte mindestens ein Viertel der jeweils amtierenden Bundes-/Landeswirtschaftsminister weder über eine Wirtschaftsausbildung (das heißt Studium und/oder kaufmännische Ausbildung) noch über praktische Wirtschaftserfahrung.¹² Allerdings verfügte in 50 der betrachteten 62 Jahre auch mindestens die Hälfte der jeweils amtierenden Wirtschaftsminister über einschlägige praktische Erfahrung.

Bevor diskutiert wird, ob beziehungsweise inwiefern die empirischen Befunde „besorgniserregend“ sind, sollen kurz die Ergebnisse einer empirischen Analyse der Wirtschaftskompetenz deutscher Parlamentarier in der 16. und 17. Wahlperiode (das heißt Bundestagsabgeordnete seit 2005) präsentiert werden. Hintergrund ist, dass im Verlauf der noch

11 Zu erwähnen ist, dass 25 dieser Minister als Berufserfahrung „Rechtsanwalt“ angeben. Da aus den Biographien nicht hervorgeht, wie umfangreich diese Tätigkeit war (eigene Kanzlei, bloß Anwaltszulassung) und ob eine Spezialisierung vorlag (Handelsrecht, Steuerrecht usw.), wurden diese 25 Angaben nicht als Wirtschaftspraxis gewertet.

12 In Jahren mit Amtswechseln wurde jeweils der Wirtschaftsminister mit der längsten Amtszeit in dem betreffenden Jahr gewertet.

Abbildung 1: Sachkompetenz deutscher Wirtschaftsminister seit 1950



* Keine Sachkompetenz = weder Wirtschaftsstudium, kaufmännische Ausbildung noch Wirtschaftspraxis.

Quelle: Eigene Berechnungen.

andauernden Krise – wahlweise als Finanz-, Wirtschafts- und/oder (Staats-)Schuldenkrise titulierte – oftmals in der öffentlichen Diskussion das Argument vorgebracht wurde, dass „zu wenige Wirtschaftsexperten“ im Deutschen Bundestag saßen.¹³ Insbesondere im Wirtschaftsausschuss des Parlaments, so lässt sich daran anschließend argumentieren, sollte wirtschaftspolitische Kompetenz vorhanden sein. Für eine diesbezügliche empirische Bestandsaufnahme wurde das oben verwendete Codier-Schema an die 36 Mitglieder dieses Bundestagsausschusses in der 16. Wahlperiode (Zusammensetzung gegen Ende der Wahlperiode, September 2009) sowie die 37 Ausschussmitglieder der laufenden 17. Wahlperiode (Stand vom 20. Mai 2012) angelegt. Als Datenquelle dienten die offiziellen Abgeordnetenbiographien auf den Internetseiten des Bundestages. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 dargestellt.

13 Für eine kurze Diskussion dieses Arguments siehe Werner J. Patzelt, Deutscher Bundestag: Zu wenig Wirtschaftsexperten?, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 89. Jg. (2009), H. 11, S. 713.

Tabelle 2: Sachkompetenz deutscher Wirtschaftsparlamentarier*

	Alle Ausschuss- mitglieder (N = 73)	Mitglieder 16. WP (N = 36)	Mitglieder 17. WP (N = 37)
Professor in Wirtschaftswissenschaften	1 (1,4%)	1 (2,8%)	0 (0%)
Doktor in Wirtschaftswissenschaften	7 (9,6%)	4 (11,1%)	3 (8,1%)
Wirtschaftsstudium	18 (24,7%)	10 (27,8%)	8 (21,6%)
Kaufmännische Ausbildung	10 (13,7%)	3 (8,3%)	7 (18,9%)
Kaufmännische Ausbildung und Studium	3 (4,1%)	1 (2,8%)	2 (5,4%)
Keine Wirtschaftsausbildung	48 (65,8%)	24 (66,7%)	24 (64,9%)
Wirtschaftspraxis-Erfahrung	44 (60,3%)	21 (58,3%)	23 (62,2%)
Weder Wirtschaftsausbildung noch -praxis	21 (28,8%)	11 (30,6%)	10 (27,0%)

* Wirtschaftsparlamentarier = Mitglieder des Bundestagsausschusses Wirtschaft und Technologie.
Quelle: Eigene Berechnungen.

Blickt man lediglich auf den formalen Ausbildungsstand der Politiker, stützt das Datenmaterial die oftmals in der öffentlichen Diskussion geäußerte Hypothese wirtschaftlicher Inkompetenz: 65,8 Prozent der insgesamt 73 betrachteten Ausschussmitglieder verfügen weder über eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung noch über ein abgeschlossenes Wirtschaftsstudium. Allerdings hat die Mehrzahl der Parlamentarier (60,3 Prozent) vor ihrer Ausschusstätigkeit praktische Erfahrungen als Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen oder als selbstständiger Unternehmer gesammelt. So bleiben schließlich 21 Ausschussmitglieder (28,8 Prozent), die weder eine formale Wirtschaftsausbildung (das heißt kaufmännische Ausbildung und/oder wirtschaftswissenschaftliches Studium) noch berufspraktische Erfahrungen in Wirtschaftsunternehmen nachweisen können. Darunter sind sechs Abgeordnete, die als Berufserfahrung „Rechtsanwalt“ angeben, was aus den in Fußnote 11 genannten Gründen nicht als Wirtschaftspraxis-Erfahrung gewertet wurde. Zudem gibt ein Ausschussmitglied an, ein Chemiestudium mit wirtschaftswissenschaftlichem Nebenfach absolviert zu haben, was jedoch nicht als abgeschlossenes Wirtschaftsstudium codiert wurde.

2. Wirtschaftspolitiker ohne Wirtschaftskompetenz – ein Problem?

Die Befunde der empirischen Analyse deuten darauf hin, dass die fachliche Qualifikation in einigen Fällen eine untergeordnete Rolle bei der Auswahl von politischem (Führungs-)Personal für den Arbeitsbereich Wirtschaftspolitik gespielt hat – oder, anders gewendet, dass der Rekrutierungsprozess in Fällen fehlender oder geringer Wirtschaftskompetenz maßgeblich von anderen Faktoren, die in der Forschung zur Rekrutierung politischer Eliten (Minister, Staatssekretäre u.a.) als potentielle Determinanten untersucht werden (zum Beispiel parteipolitische Herkunft, Erfahrung im Politikbetrieb, Machtposition innerhalb der Partei, Geschlecht, Alter)¹⁴, beeinflusst worden sein muss. Dabei ist allerdings keinesfalls ausge-

¹⁴ Siehe zum Beispiel *Anwar Syed Ali*, Karrierewege und Rekrutierungsmuster bei Regierungsmitgliedern auf Bundesebene von 1949-2002, Dissertation an der Martin-Luther-Universität Halle-

macht, dass Wirtschaftspolitiker mit geringer oder ohne Wirtschaftskompetenz ein Problem darstellen.

2.1. Politik-Erfahrung ersetzt Wirtschaftsausbildung/-erfahrung!?

Man mag einwenden, dass die obige Untersuchung unberücksichtigt lässt, dass sich Wirtschaftsminister und Ausschussmitglieder auch wirtschaftspolitische Kenntnisse „on the job“, das heißt während einer vorherigen politischen Tätigkeit, angeeignet haben könnten (zum Beispiel als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium). Wie in anderen Politikfeldern auch, so könnte eine langjährige Beschäftigung mit wirtschaftspolitischen Themen in dem Sinne gewertet werden, dass diese eine Fachausbildung und/oder Berufserfahrung in Wirtschaftsunternehmen ersetzt.¹⁵ Auch eine Latein-Lehrerin, ein Sozialpädagoge oder eine Apothekerin kann sich in dieser Perspektive in das Fachgebiet Wirtschaftspolitik einarbeiten und sich eine Reputation als kompetenter Fachpolitiker erarbeiten. Eine Extremposition in dieser Hinsicht hat die Grünen-Politikerin *Petra Kelly* (1947 bis 1992) formuliert, wonach jeder Bürger durch seine Teilnahme am Wirtschaftsleben Wirtschaftskompetenz erwirbt, die sich in den politischen Prozess einbringen lässt: „Wo ist die Hausfrau, die weiß, wie schwer es ist, bei ständig steigenden Preisen eine Familie zu versorgen? Wo ist der Rentner, der sich endlich einmal für seinesgleichen einsetzen kann? Wo ist der Arbeitnehmer, der stumpfsinnige Arbeit durchführen muss und nach dem Sinn der Arbeit fragen darf?“¹⁶ So gesehen, dürfte es kaum einen Politiker oder Bundesbürger geben, der nicht über „Wirtschaftskompetenz“ im gerade (sehr weit) definierten Sinne verfügt. Außerdem könnte jedem neuen Wirtschaftspolitiker eine gewisse Einarbeitungszeit gewährt werden, in der fehlende Kenntnisse nachgeholt werden können.

Zur Verteidigung *Philipp Rösler*s wird bisweilen vorgebracht, dass dieser bereits fachliche Erfahrungen als Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen gesammelt habe und somit keineswegs ein Fachfremder oder Ungelernter sei. Verschwiegen werden sollte aber auch nicht, dass seine „Lehrzeit“ in Niedersachsen lediglich neun Monate betrug. Da aus den Biographien der 307 untersuchten Politiker vielfach nicht eindeutig hervorging, ob sich die betreffende Person bereits vor ihrer Zeit als Wirtschaftsminister/Ausschussmitglied einen Namen als Fachpolitiker für den Bereich Wirtschaftspolitik gemacht hat (und wie lang und intensiv die mitgebrachte wirtschaftspolitische „Lehrzeit“ war), konnte dieser Aspekt nicht genauer untersucht werden. Bestehen bleibt jedoch der Befund, dass ein erheblicher Anteil der deutschen Wirtschaftspolitiker weder über eine formale Wirtschaftsausbildung noch über berufliche Erfahrungen in Wirtschaftsunternehmen verfügt.

Wittenberg 2003; *Andreas K. Gruber*, Der Weg nach ganz oben: Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker, Wiesbaden 2009; *Lars Vogel*, Der Weg ins Kabinett – Karrieren von Ministern in Deutschland: Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Rekrutierungsfunktion der Parlamente, Frankfurt am Main 2009. Uns ist neben dem vorliegenden Beitrag keine Studie bekannt, die eine gesonderte statistische Auswertung hinsichtlich der Fachkompetenz deutscher Wirtschaftspolitiker (wie oben definiert) vornimmt.

15 *Joschka Fischer* hat dieses Argument im Titel eines seiner Bücher treffend auf den Punkt gebracht: *Regieren geht über Studieren. Ein politisches Tagebuch*, Frankfurt am Main 1987.

16 Zitiert nach *Kari Palonen*, Rhetorik des Unbeliebten. Lobreden auf Politiker im Zeitalter der Demokratie, Baden-Baden 2012, S. 143.

2.2. Wirtschaftssystem ohnehin politisch kaum steuerbar!?

Die „Steuerungsfähigkeit“ des politisch-administrativen Systems beziehungsweise seiner Akteure ist ebenso eine Grundfrage in der sozialwissenschaftlichen Literatur wie es die „Steuerbarkeit“ ist: das heißt ob und gegebenenfalls inwieweit sich das Wirtschaftssystem, das Bildungssystem und andere Teilsysteme der Gesellschaft politisch steuern lassen.¹⁷ Wer wie *Niklas Luhmann* und andere Steuerungstheoretiker eine direkte und zielgerichtete politische Steuerung des Wirtschaftssystems für wenig erfolgversprechend hält, da dieses nach seiner eigenen Logik operiere¹⁸, wird den empirischen Befund, dass einige der auf der wirtschaftspolitischen „Kommandobrücke“ tätigen Steuerungsakteure weder über eine Wirtschaftsausbildung noch über Berufserfahrung im Wirtschaftssystem verfügen, als unproblematisch einstufen. Denn wenn das Wirtschaftssystem nicht steuerbar ist, spielt es in dieser Perspektive auch keine Rolle, ob Wirtschaftspolitiker steuerungsfähig sind. Wer das Amt des Wirtschaftsministers bekleidet und welche Eigenschaften diese Person besitzt (Fachkenntnisse, Erfahrungen etc.), ist dann unerheblich.

Jenseits dieser theoretischen (Extrem-)Position hat die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise aber gezeigt, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen (unter anderem die sozialpolitisch motivierte Eigenheimpolitik der US-Regierung; eine unzureichende politische Überwachung des Bankensektors in den USA und anderen OECD-Staaten) sehr wohl Steuerungswirkungen zeitigen können und bestimmte Problemlagen im Wirtschaftssystem überhaupt erst ermöglicht haben.¹⁹ Politische Steuerungs- und/oder Nicht-Steuerungsaktivitäten hatten also real-wirtschaftliche Konsequenzen, die möglicherweise hätten vermieden werden können, wenn die politischen Entscheidungsträger über mehr Fachwissen hinsichtlich der Folgen bestimmter (Nicht-)Eingriffe in das Wirtschaftssystem verfügt hätten – und von diesem Wissen auch Gebrauch gemacht hätten. Die in den Medien oftmals vorgebrachte Behauptung, „die Wirtschaftswissenschaften“ (also das verfügbare Fachwissen) hätten weder vor der aktuellen Finanzmarktkrise noch vor der Staatsschuldenkrise in Europa gewarnt, wurde im Übrigen als Legende enttarnt: Zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler hatten in der Vor-Krisenzeit in Interviews, Talkshow-Auftritten und Veröffentlichungen gewarnt, wurden jedoch ignoriert, nicht gehört und/oder nicht ernst genommen.²⁰

- 17 Als Einstieg in diese Literatur vgl. *Stefan Lange / Dietmar Braun*, Politische Steuerung zwischen System und Akteur: Eine Einführung, Opladen 2000; *Arthur Benz / Nicolai Dose* (Hrsg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung, Wiesbaden 2010.
- 18 Siehe zum *Luhmann'schen* Steuerungsverständnis/-pessimismus (Stichwort: Autopoiesis der Wirtschaft) zum Beispiel seine Schrift: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2000, S. 113: „Wie bei den Hopi-Indianern der Regentanz scheint das Reden von Ankurbelung der Wirtschaft, Sicherung des Standorts Deutschland, Beschaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Funktion zu erfüllen; jedenfalls die, den Eindruck zu verbreiten, dass etwas getan wird und nicht einfach abgewartet wird, bis die Dinge sich von selber wenden.“
- 19 Vgl. *Martin Hellwig*, Systemic Risk in the Financial Sector: An Analysis of the Subprime-Mortgage Financial Crisis, in: *De Economist*, 157. Jg. (2009), H. 2, S. 129 – 207; *Hans-Werner Sinn*, Casino Capitalism: How the Financial Crisis Came About and What Needs to be Done Now, Oxford 2010.
- 20 Siehe mit Belegen *Gunther Tichy*, War die Finanzkrise vorhersehbar?, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 11. Jg. (2010), H. 4, S. 356 – 382; *Wilhelm Hankel / Wilhelm Nölling / Karl Albrecht Schacht Schneider / Dieter Spethmann / Joachim Starbatty*, Das Euro-Abenteuer geht zu Ende: Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört, Rottenburg 2011.

Zudem deuten neuere empirische Studien darauf hin, dass das Qualifikationsniveau von politischen Entscheidungsträgern durchaus einen Unterschied hinsichtlich bestimmter Politik-Outputs (zum Beispiel Gesetze, Regulierungen) und wirtschaftspolitischer Leistungsindikatoren macht. *Timothy Besley*, *Jose G. Montalvo* und *Marta Reynal-Querol* fanden für ein Sample von 115 Regierungschefs in über 100 Ländern von 1875 bis 2004, dass ein höheres Bildungsniveau der Amtsinhaber mit einem höheren Wirtschaftswachstum einherging.²¹ *Roger Congleton* und *Yongjing Zhang* zeigten für den Zeitraum 1789 bis 2000, dass höher gebildete US-Präsidenten eine positive Wirkung auf das US-Wirtschaftswachstum hatten.²² *Axel Dreher* u.a. stellten in einem Sample von 513 Regierungschefs in 64 Ländern zwischen 1970 und 2002 fest, dass „political leaders“, die vor Amtsantritt als Unternehmer tätig waren, einen signifikanten positiven Effekt auf das Ausmaß an Reformen in Richtung Marktliberalisierung hatten.²³ Allerdings weisen die Autoren darauf hin, dass ihre Regressionsergebnisse zu diesem Befund mit Vorsicht zu interpretieren sind, da lediglich elf Politiker im Sample zuvor Unternehmer waren. Außerdem wird der positive Unternehmer-Effekt durch die inkludierten 26 OECD-Staaten (mit acht Unternehmer-Politikern) bewirkt: Wird das Sub-Sample von 38 Nicht-OECD-Staaten (mit lediglich drei Unternehmer-Politikern) isoliert betrachtet, ergibt sich darin zwar ein positiver, aber statistisch nicht signifikanter Unternehmer-Effekt.

Interessanterweise erwies sich ein wirtschaftswissenschaftlicher Studienabschluss (insgesamt 77 Politiker) nur in wenigen der geschätzten Regressionsmodelle als signifikant reformförderlich. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsstudium und Wirtschaftsreformier ist also nicht eindeutig. Gleiches gilt für den Einfluss von Regierungschefs, die vorher als Wirtschaftswissenschaftler gearbeitet haben (20 Politiker). Hier fanden die Autoren einen statistisch signifikanten positiven Reform-Effekt, wenn Ökonomen-Politiker mindestens viereinhalb Jahre Regierungsführer blieben. Zu erwähnen ist, dass die oben genannten Studien multivariate Forschungsdesigns verwenden, das heißt die berichteten Korrelationen ergaben sich jeweils unter Kontrolle für ein Set potentieller Drittvariablen. Gleiches gilt für die wenigen empirischen Studien, die spezifisch auf Bildungsniveau und beruflichen Hintergrund wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger abstellen. *Brian O’Roark* und *William Wood* zeigten, dass Abgeordnete des US-Kongresses, die einen wirtschaftswissenschaftlichen Studienabschluss besitzen (36 von 535 Politikern), im Jahre 2007 eher dazu neigten, gegen die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns zu stimmen als Abgeordnete, die keine Ökonomen waren.²⁴ Eine Umfrage unter 146 Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus 25 Ländern im Jahre 2007 ergab, dass Abgeordnete mit wirtschaftswissenschaftlichem

21 Vgl. *Timothy Besley* / *Jose G. Montalvo* / *Marta Reynal-Querol*, Do Educated Leaders Matter?, in: *Economic Journal*, 121. Jg. (2011), H. 5, S. 205 – 227.

22 Vgl. *Roger D. Congleton* / *Yongjing Zhang*, Is It All about Competence? The Human Capital of U.S. Presidents and Economic Performance, Working Paper, George Mason University, Center for Study of Public Choice, September 2009.

23 Vgl. *Axel Dreher* / *Michael J. Lamla* / *Sarah M. Lein* / *Frank Somogyi*, The Impact of Political Leaders’ Profession and Education on Reforms, in: *Journal of Comparative Economics*, 37. Jg. (2009), H. 1, S. 169 – 193.

24 Vgl. *J. Brian O’Roark* / *William C. Wood*, Determinants of Congressional Minimum Wage Support: The Role of Economic Education, in: *Public Choice*, 147. Jg. (2011), H. 1/2, S. 209 – 225.

Studienabschluss größere Vorbehalte gegenüber der Einführung einer eigenständigen EU-Steuer haben als Nichtökonom-Parlamentarier.²⁵

2.3. Eigenes Fachwissen angesichts wirtschaftspolitischer Berater überflüssig?

Ungeachtet der präsentierten empirischen Befunde lässt sich argumentativ zur Verteidigung von geringer oder nicht vorhandener Wirtschaftskompetenz in wirtschaftspolitischen Führungspositionen vorbringen, dass Minister auf einen Stab an internen und externen Beratern mit einschlägigem Fachwissen zurückgreifen können. Spielt es bei der Vielzahl an fachlich spezialisierten Ministeriumsmitarbeitern und Politikberatern (unter anderem wissenschaftliche Beiräte, Sachverständigenrat) überhaupt eine Rolle, ob ein Wirtschaftsminister neben politischen Qualifikationen (Rhetorik, politische Erfahrung, Führungskompetenz, Durchsetzungsstärke etc.) eine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung aufweist? Ähnlich lässt sich die Situation von Bundestagsabgeordneten beurteilen, die Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie sind. Auch dieser Personenkreis wird von externen Wissenschaftlern beraten (zum Beispiel im Rahmen von Hearings zu bestimmten Themen); zudem können Bundestagsabgeordnete darauf Wert legen, dass ihre persönlichen Mitarbeiter eine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung besitzen.

Zu diesem plausiblen Argument kann kritisch angemerkt werden, dass es sicher nicht schadet, wenn ein Wirtschaftspolitiker die von internen und externen Beratern angebotenen Expertisen und Handlungsempfehlungen auch selbst verstehen und kritisch beurteilen kann. Dies dürfte Politikern mit wirtschaftswissenschaftlichem Hintergrund (makroökonomische Zusammenhänge, Geld-/Finanzmarkttheorie, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung usw.) leichter fallen. Und um wirtschaftspolitische Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen der Exekutive verstehen und die Regierung kontrollieren zu können, ist es sicher nicht ganz unwichtig, dass auch das Parlament (insbesondere Mitglieder des Wirtschaftsausschusses) über wirtschaftspolitische Kompetenz verfügen, um zum Beispiel einschätzen zu können, welche Wirkungen bestimmte wirtschaftspolitische Eingriffe (Subventionen, Regulierungen usw.) ins Wirtschaftssystem haben werden beziehungsweise könnten. Bereits *Anthony Downs* merkte an, dass man „Informationen ohne Kenntnis der Zusammenhänge nicht interpretieren kann“ und bezeichnete den „informierten Bürger“ beziehungsweise Politiker als „jemanden, der sowohl eine Kenntnis der Zusammenhänge als auch Informationen über jene Gebiete besitzt, die für seine Entscheidungen relevant sind“²⁶.

2.4. Wirtschaftsausbildung/-erfahrung als Kompetenzsignal?

Zusätzlich lässt sich ein arbeitsmarktökonomisches Argument, das auf dem so genannten Signaling-Ansatz von *Michael Spence* basiert²⁷, für die Diskussion über die Fachkompetenz

25 Vgl. *Friedrich Heinemann / Philipp Mohl / Steffen Osterloh*, Who's Afraid of an EU Tax and Why? Revenue System Preferences in the European Parliament, in: *Review of International Organizations*, 4. Jg. (2009), H. 1, S. 73 – 99.

26 *Anthony Downs*, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968, S. 77.

27 Für einen Überblick dazu *Michael Spence*, Signaling in Retrospect and the Informational Structure of Markets, in: *American Economic Review*, 92. Jg. (2002), H. 3, S. 434 – 459.

von Wirtschaftspolitikern fruchtbar machen. In vielen Branchen wird die Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal (zum Beispiel Top-Manager in Unternehmen, Fußballstars, forschungsstarke Professoren als „akademische Stars“) als Signal benutzt, um Marktbeobachter von der herausragenden Qualität des betreffenden Signalgebers (Wirtschaftsunternehmen, Fußballclub, Universitätsfakultät) zu überzeugen.²⁸ Auch im politischen Bereich kann man durch die Rekrutierung von ausgewiesenen Wirtschaftsfachleuten solche Signale setzen: Beispielsweise könnte die Berufung eines fiskalisch konservativen Ökonomen in das Amt des Finanzministers genutzt werden, um Rating-Agenturen, Kapitalmarkt-Teilnehmern und anderen Beobachtern anzuzeigen, dass die Regierung in Zukunft eine Politik der Haushaltskonsolidierung betreiben möchte.²⁹ Umgekehrt sind Zweifel angebracht, ob ein Wirtschaftsminister, der selbst formal nicht ausreichend qualifiziert ist, sich glaubwürdig für eine Beibehaltung der staatlichen Regulierung bestimmter Berufe zum Zwecke des Verbraucherschutzes äußern kann. Auch ist fraglich, ob ein solcher Wirtschaftsminister für die in den letzten Jahren vielfach vorgebrachte Forderung nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Grundbildung der Bürger (zum Beispiel durch die Einführung des Pflichtfaches Wirtschaft in der Schule) werben kann.³⁰ Ob diese Forderung sinnvoll ist, soll hier nicht diskutiert werden.

Dass der Aspekt des glaubwürdigen Signalisierens von Kompetenz in diesem Kontext durchaus eine Rolle spielt, illustriert auch eine Broschüre des Wirtschaftsministeriums zum Thema „Energiewende“, die im März 2012 unter anderem dem von der Deutschen Bahn AG herausgegebenen Magazin „DBmobil“ beigelegt war, das monatlich in einer Auflage von circa 500.000 Exemplaren erscheint. Ein kritischer Leser der Werbebroschüre kann den Eindruck gewinnen, dass die mehrfache Nennung des Dokortitels des Wirtschaftsministers *Philipp Rösler* (ohne den Zusatz med.) Kompetenz belegen soll. Diese Signalstrategie wird allerdings dadurch unterminiert, dass einigen Lesern klar sein dürfte, dass (a) der Minister Mediziner (Dr. med.) ist und (b) die in der Broschüre unter seinem Namen abgedruckten Ausführungen zum Thema Energiepolitik vermutlich größtenteils von seinen Redenschreibern stammen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass 89 der 234 Wirtschaftsminister (38,0 Prozent) einen Dokortitel tragen, 40 davon in einer wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtung; und 16 der 73 oben untersuchten Wirtschaftsparlamentarier (21,9 Prozent) sind promoviert, sieben davon in Wirtschaftswissenschaften.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es eine Reihe von Argumenten gibt, wonach Wirtschaftspolitiker ohne eigene Wirtschaftsausbildung oder einschlägige Erfahrung

28 Zum Beispiel *Christian Opitz*, Hochschulen als Filter für Humankapital: Bildung und Karriere von High Potentials in den USA, Frankreich und Deutschland, Wiesbaden 2005; *Yudhijit Bhattacharjee*, Saudi Universities Offer Cash in Exchange for Academic Prestige, in: *Science*, 334. Jg. (2011), H. 6061, S. 1344 – 1345.

29 Vgl. dazu mit empirischer Evidenz auf Basis eines Samples von 27 EU-Ländern und elf nicht-europäischen OECD-Staaten seit 1973 *Mark Hallerberg* / *Joachim Wehner*, The Competence of Europe's Economic Policy-Makers, Paper presented at Dahrendorf Symposium, Hertie School of Governance, Berlin 2011.

30 Siehe zu dieser Forderung zum Beispiel *Dominik H. Enste* / *Alexandra Haferkamp* / *Detlef Fetchenhauer*, Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien – Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 10. Jg. (2009), H. 1, S. 60 – 78; *Günther Seeber* im Interview mit *Lisa Becker*, „Schüler haben keine Grundbildung in Ökonomie“, in: *FAZ* vom 7. Mai 2012, S. 12.

unproblematisch für ein Gemeinwesen sind. Gleichzeitig lassen sich Gründe finden, warum mangelnde Fachkompetenz von Wirtschaftspolitikern ein nicht zu vernachlässigendes Problem darstellt.

3. Fazit: Bürger und Parteien als Personalverantwortliche

Die empirische Analyse eines großen Samples an deutschen Wirtschaftspolitikern hat gezeigt, dass 62 von 234 Wirtschaftsministern (26,5 Prozent) auf Bundes- und Landesebene seit dem Zweiten Weltkrieg sowie 21 von 73 Mitgliedern (28,8 Prozent) des Bundestagsausschusses Wirtschaft und Technologie seit 2005 weder eine formale Wirtschaftsausbildung noch berufspraktische Erfahrungen in Wirtschaftsunternehmen mit in die ausgeübte politische Position gebracht haben.

Vor diesem Hintergrund stellt sich abschließend die Frage, wie mit dieser Situation umzugehen ist. Für jene, die hierin ein „Mismatch“-Problem sehen, könnte eine nahe liegende Forderung lauten, den Zugang zu bestimmten politischen Ämtern (zum Beispiel Wirtschaftsminister) an den Nachweis entsprechender formaler Qualifikationen (hier: Wirtschaftsausbildung) und/oder beruflicher Erfahrungen (hier: Tätigkeiten in Wirtschaftsunternehmen) zu binden – schließlich wird in Deutschland der Zugang zu vielen Berufszweigen mittels Qualifikationsvoraussetzungen reguliert. Die Umsetzung dieses Vorschlags würde vermutlich diejenigen, die kritisieren, dass zum Beispiel ein Arzt zum Wirtschaftsminister ernannt wurde, zufriedenstellen. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist allerdings Skepsis angebracht. So ist zu bedenken, dass Politiker weitgehend selbst über ihre Arbeitsbedingungen entscheiden. Gegenwärtig scheint niemand im Politikbetrieb ein Interesse daran zu haben, qualifikatorische Zugangsbarrieren für das Wirtschaftsressort oder andere Ministerposten zu errichten. Ob der Zugang zu Ministerämtern oder Bundestagsausschüssen überhaupt anhand von fachlichen Kriterien reguliert werden darf (etwa über eine Änderung der Geschäftsordnungen der Bundesregierung und des Bundestags), wäre verfassungsrechtlich zu prüfen; nach Art. 38 Abs. 2 GG kann jeder/jede volljährige Deutsche – unabhängig von Ausbildungsstand oder Intelligenz – in den Bundestag gewählt werden. Zudem ist fraglich, ob sich überhaupt für alle Ressorts beziehungsweise Politikfelder fachliche Zugangshürden definieren lassen. Vor allem aber werden jenseits des Aspekts der Umsetzbarkeit fundamentale demokratietheoretische Fragen aufgeworfen: Parlamente und die von ihnen gewählten beziehungsweise gestellten Regierungen haben als Hauptaufgabe demokratische Repräsentation zu leisten. Dafür ist auch Sachkenntnis vonnöten; aber mindestens ebenso nötig bedarf es der Fähigkeit, Interessen aufzunehmen, in Einklang zu bringen oder Prioritäten zu setzen und dafür Mehrheiten in Staat und Gesellschaft herzustellen. Denn ohne Akzeptanz der Repräsentierten nutzt keine „Sachentscheidung“. Wie viele Bürger möchten also wirklich von Experten vertreten beziehungsweise regiert werden? Wäre es überhaupt zu rechtfertigen, dass bestimmte Bürger bewusst von bestimmten politischen Positionen ferngehalten werden?³¹

31 Vgl. Jens Borchert, a.a.O. (Fn. 7), S. 153, bemerkt in diesem Kontext: „Würden bestimmte Bildungsabschlüsse als Voraussetzung für die Wählbarkeit verlangt, würde dies das Ende gleicher Bürgerrechte bedeuten.“

Wird das Verhältnis zwischen Politikern und Bürgern als eine Prinzipal-Agent Beziehung betrachtet³², kann davon ausgegangen werden, dass sich die meisten Bürger-Prinzipale (als Auftraggeber) kompetente Politiker-Agenten (Auftragnehmer) wünschen. Eine 2003 durchgeführte Umfrage zur „Bewertung der Führungselite in Deutschland“ offenbart erhebliche Zweifel innerhalb der Bevölkerung in puncto Politiker-Kompetenz: 44 Prozent der Befragten antworteten auf die Frage: „Denken Sie, dass in Deutschland heute die richtigen Leute die Führungspositionen in den politischen Parteien einnehmen?“ mit „nein“; weitere 40 Prozent antworteten mit „eher nein“.³³ In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach antworteten im Jahre 2011 auf die Frage: „Glauben Sie, man muss große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter zu werden?“ 24 Prozent mit „ja“; der entsprechende Wert lag 1972 noch bei 63 Prozent.³⁴ In einer ähnlichen Umfrage dieses Instituts im Jahre 2012 bescheinigten 31 Prozent der Befragten den Mitgliedern der Bundesregierung, 21 Prozent den Bundestagsabgeordneten und acht Prozent den Parteivorständen, „dass dies Leute seien, die bei vielen Themen eine hohe Kompetenz, eine hohe Fachkenntnis haben“³⁵.

Wer daran interessiert ist, von möglichst wenigen Wirtschaftspolitikern ohne fachlichen Hintergrund regiert zu werden, dem bleibt indes unter den gegenwärtigen Rekrutierungsbedingungen nur, darauf zu vertrauen, dass viele andere Stimmbürger im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise dasselbe Interesse haben. Regierungen oder Parteien, die in dieser Hinsicht wenig zu bieten haben, würden dann Gefahr laufen, an der Wahlurne abgestraft zu werden. Und Wirtschaftsminister/-politiker, die weder über ein wirtschaftswissenschaftliches Studium noch über eine kaufmännische Ausbildung oder Berufserfahrung in Wirtschaftsunternehmen verfügen, dürfen sich nicht wundern, wenn sie von Bürgern in Wirtschaftsfragen nicht als kompetente Gesprächspartner ernst genommen werden. Der politische „Wettbewerb um Wählerstimmen“³⁶ könnte also in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, ganz ohne die Errichtung formaler Qualifikationshürden, dazu führen, dass Parteien und Regierungen bereits bei der Selektion von Politikern darauf achten, dass diese gut zum jeweils geforderten politischen Posten (zum Beispiel dem Amt des Wirtschaftsministers) passen. Allerdings setzt der skizzierte Druck über den Wählerstimmenmarkt voraus, dass sich überhaupt eine große Zahl von Stimmbürgern für (Wirtschafts-)Politik interessiert und wählen geht. Egal wie viele „rationale Ignoranten“ im Sinne von *Anthony Downs*³⁷ sich in der Bevölkerung befinden: Der letztgenannte Weg überlässt es den Bürgern zu entscheiden, von welchen Wirtschaftspolitikern sie regiert werden möchten.

32 Für Übersichten zu diesem Forschungsansatz: *Kaare Strøm / Wolfgang C. Müller / Torbjörn Bergman* (Hrsg.), *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*, Oxford 2003; *Timothy Besley*, *Principled Agents? The Political Economy of Good Government*, Oxford 2006.

33 Vgl. *Heino Faßbender / Jürgen Kluge*, *Perspektive Deutschland: Was die Deutschen wirklich wollen*, Berlin 2006, S. 28.

34 Vgl. *Thomas Petersen*, *Hochkonjunktur für politische Interventionen?*, in: FAZ vom 16. November 2011, S. 5.

35 *Ders.*, *Die Sehnsucht nach politischer Orientierung*, in: FAZ vom 23. Mai 2012, S. 5.

36 *Anthony Downs*, a.a.O. (Fn. 26), S. 51.

37 Vgl. ebenda, Kapitel 13.